

LITAUEN:

Mehr denn je braucht es eine neue Linkspartei



Ende letzten Jahres hatte ich Gelegenheit, auf Einladung von transform! europe Vilnius (Litauen) zu besuchen, um zunächst am dortigen Staatlichen Jugendtheater einen Vortrag über unsere experimentelle politische Theaterarbeit zu Bertolt Brecht in Wien (FLEISCHEREI mobil 2018) zu halten, gefolgt von einem weiteren Vortrag an der Litauischen Musik- und Theaterakademie, und mich mit Künstler*innen und Intellektuellen zu treffen. Es war dies mein erster Besuch in dieser Kulturhauptstadt, der im Laufe ihrer Geschichte so viel Leid zugefügt wurde, sowohl durch die deutsche Besatzung, die russische Unterdrückung und – aktuell – die Vernachlässigung durch Europa und seine Institutionen. Zusätzlich zu den Vorträgen und den verschiedenen intensiven Gesprächen mit Theaterleuten und Kolleg*innen von der Linken, habe ich die Stadt besichtigt, u. a. den alten Bezirk im Rahmen einer speziellen Führung durch das jüdische Vilnius, die die einzige verbleibende Synagoge der Stadt umfasste. Vor dem Krieg hatte die Einwohner*innenschaft von Vilnius zu 40 % aus Jüd*innen bestanden. An die 200.000 sogenannte Litwak-Jüd*innen kamen im Holocaust um, eine unvorstellbare Anzahl für ein derart kleines Land. Heute jedoch sind Künstler*innen, Intellektuelle und Aktivist*innen wieder auf dem Vormarsch und stehen als Mitbegründer*innen von DEMOS im internationalen Austausch. Anlässlich meines Besuches führte ich das folgende Interview mit den beiden Begründer*innen von DEMOS, Andrius Bieleškis, einem Professor für politische Philosophie an der Mykolas Romeris Universität von Vilnius, und mit Jolanta Bilskiene, einer Politikwissenschaftlerin und politischen Aktivistin.

Eva Brenner: Wie kam es überhaupt zur Entstehung der Organisation DEMOS?

ANDRIUS BIELSKIS: Im Jahr 2006 kam ich von meinem Studium in Großbritannien zurück und stellte fest, dass es in meiner litauischen Heimat keinerlei nennenswerte linke Intelligenz gab. Wir begannen mit der Gründung der »Neuen Linken 95« und ich verfasste ein aus 45 Thesen bestehendes Manifest. Dessen wichtigster Gedanke war, dass wir, die linke Intelligenz, den liberalen Status quo satt hatten und es einer Organisationsstruktur für Treffen, Veranstaltungen und Diskussionen bedürfe. Von Anfang an beabsichtigten wir nicht die Gründung einer eigenen Partei, es sollte sich vielmehr um eine gesellschaftspolitische Bewegung handeln. Wir begannen damit, Menschen aus der Linken Litauens einzuladen, Künstler*innen, Intellektuelle, die meisten von ihnen hochgebildete Menschen, die im Ausland, zumeist in Westeuropa, studiert hatten. Ungefähr ein halbes Jahr lang trafen wir uns in verschiedenen Cafés in Vilnius, bevor wir schließlich so weit waren, das gemeinsame Manifest zu veröffentlichen. Am 1. Mai 2006 gaben wir die Gründung von »95« bekannt, in Anspielung auf Luthers 95 Thesen und die DOGMA 95-Bewegung zur Erneuerung des Films.

Habt ihr jemals daran gedacht bzw. überlegt, in Litauen eine neue Linkspartei zu gründen?

JOLANTA BIELSKIENE: Es wurde bald sehr modern, sich der Bewegung anzuschließen. Wir hielten Treffen ab, organisierten Lesegruppen und veröffentlichten Bücher. Eine äußerst emotional geführte Debatte entbrannte um die Frage: »Müssen wir eine Partei gründen?« Ich meine einerseits, dass dies von Erfolg gekrönt gewesen wäre, da eine Bewegung dahinter stand und wir politisch immer mehr nach links rückten. Aber die Mehrheit dachte, dass es besser sei, weiterhin ein Think Tank zu bleiben, der Diskurse anregen und die öffentliche Meinung beeinflussen könnte.

ANDRIUS BIELSKIS: Das ist es, was wir sind und von dem wir wissen, wie es zu tun ist! Eine unserer Hoffnungen war, eine alternative Universität zu errichten, um politische Führungskräfte aus der Basis auszubilden, jedoch hatten wir für ein solches Projekt niemals genug Geld. Zum Glück erhielten wir gelegentlich Unterstützung von der deutschen Rosa

Luxemburg-Stiftung, allerdings nur für einzelne Veranstaltungen.

JOLANTA BIELSKIENE: Beinahe all unsere Aktivitäten passierten auf ehrenamtlicher Basis. Einige unserer Publikationen wurden Litauischen Kulturrat kofinanziert; wir veröffentlichten unsere Essays und Kommentare auch in den Mainstream-Medien.

Unsere Veranstaltungen und Forschungskreise befassten sich mit sozialen und politischen Themen wie z. B. der Armut.

Wie haben die bestehenden Kräfte und die Regierung auf euch reagiert?

ANDRIUS BIELSKIS: DEMOS präsentierte eine scharfe Kritik am gesamten politischen Spektrum, von der Rechten bis zur SP (den Sozialdemokraten), in der sich heute die meisten aus der früheren KP (Kommunistischen Partei) wiederfinden.

Die Reaktion auf uns war ambivalent, wir stellten das System in Frage. Aber manche fanden uns auch gut, als wir zu Auftritten im Fernsehen und Radio eingeladen waren.

JOLANTA BIELSKIENE: Diese Entwicklung war allerdings um 2014 zu Ende, als sich das politische Klima Richtung rechts wandelte.

Was ist passiert?

JOLANTA BIELSKIENE: Seit 2010 verzeichnen wir eine Zunahme des Nationalismus, der die Ängste der Menschen instrumentalisierte. Eine entscheidende Veränderung ist jedoch nach dem Krieg auf der Krim eingetreten. Antieuropäische Einstellungen nahmen ab, während historisch bedingte Ängste vor einer russischen Aggression zunahmen. Man darf ja nicht vergessen, dass zu unterschiedlichen Zeiten im Laufe der Geschichte der Großteil der litauischen Bevölkerung sehr unter der russischen Besatzung gelitten hat.

ANDRIUS BIELSKIS: Wir leisteten Widerstand gegen die Neonaziaufmärsche, auf denen wir riesige Schilder mit der Aufschrift »Stopp Faschismus!« trugen. 2009 und 2010 war hierzulande der Höhepunkt der Neo-Nazi-Bewegung. Gleichzeitig damit setzte eine Diskussion über den Holocaust ein, und zwar das erste Mal in Litauen seit 1945, eine Reaktion auf die rechtsgerichtete Propaganda mit Parolen wie »Litauen den Litauern!« Neonazis behaupteten, dass die

DEMOS – Institut für Kritisches Denken wurde 2008 als NGO gegründet, deren Mission darin besteht, eine einflussreiche Stimme beim Zustandekommen alternativer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik in Litauen zu sein. Um diese Mission erfüllen zu können, hat DEMOS zehn Jahre lang seine Forschung gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Alternativen gewidmet, wobei ein besonderer Fokus auf die Arbeiter*innenbewegung und ihre Bedeutung für die Formulierung von Politik gelegt wurde.

DEMOS hat zahlreiche Aktivitäten zur Stärkung und Konsolidierung der Gewerkschaften in Litauen organisiert (wie z. B. den »Sklavenmarkt« vor dem Präsidentenpalast oder die Schaffung progressiver Vereinigungen der Lohnarbeitenden, wobei es die Bildungsarbeit für die Mitglieder übernommen hat).

Alljährlich führt das DEMOS-Institut Bildungsveranstaltungen, Seminare und Vorträge für politische und Gewerkschaftsaktivist*innen durch und verbreitet so seine Expertise. Außerdem betreibt DEMOS ein kleines alternatives Verlagshaus.

Swastika ein heidnisches Symbol sei und deshalb zugelassen werden sollte.

JOLANTA BIELSKIENE: Ein weiteres Moment bestand darin, dass Mitglieder der Neuen Linken beschuldigt wurden, russische Agenten zu sein, obwohl und während wir gleichzeitig Putin als rechtsgerichtet kritisierten.

ANDRIUS BIELSKIS: Zum Beispiel ist es durchaus möglich (obwohl wir dessen natürlich nicht hundertprozentig sicher sein können), dass die DEMOS-Webseite vom staatlichen Geheimdienst gehackt worden ist; bis heute funktioniert sie nicht mehr richtig.

Worin bestehen heute die Aktivitäten von DEMOS? Und, zweite Frage: Seid ihr auch im Rest des Landes aktiv oder in erster Linie in Vilnius?

ANDRIUS BIELSKIS: Wir haben Mitglieder und Anhänger*innen in Klaipėda und Kaunas, der zweitgrößten Stadt Litauens, und auch in einigen kleineren Orten. Die meisten von uns unterrichten an Universitäten und verbreiten so die Neuigkeiten. Es gibt der Bildung gewidmete Veranstaltungen, Filmvorführungen, Lesekreise und die Distribution unserer Publikationen im ganzen Land. Allerdings finden inzwischen unsere Aktivitäten immer unregelmäßiger statt und ist es schwieriger geworden, sie aufrecht zu erhalten.

Würdet ihr sagen, dass ihr die »Arbeiter*innenklasse« erreicht?

ANDRIUS BIELSKIS: Ja, aber noch nicht in ausreichendem Maße! Wir erreichen die Klasse durch öffentliche Veranstaltungen und unsere Bücher, man findet uns in allen größeren und kleinen Bibliotheken, in Zeitungsartikeln, wir haben Kooperationen mit den Gewerkschaften und unterstützen deren Bildungsarbeit. Insgesamt ist die Verbreitung radikalen, kritischen Gedankenguts unser Geschäft.

JOLANTA BIELSKIENE: Wir erlebten die Grenzen, die einer Bewegung wie der unseren gesetzt sind. Das ist nur allzu verständlich, sind wir doch alle nur Menschen. Ich bin auch in unserer feministischen Bewegung aktiv, habe ein litauisches Sozialforum initiiert. In den letzten Jahren haben wir zahlreiche Straßenaktionen durchgeführt, sind in die Politik gegangen und haben versucht, die Sozialdemokratische Partei von innen heraus zu ver-

ändern. Eine Zeitlang war ich sogar deren Kandidatin, arbeitete als öffentliche Beraterin zu Bildungs- und Wissenschaftsthemen für den von der SP gestellten Ministerpräsidenten. Wir waren der Meinung, dass wir mit unserem kritischen Denken Einfluss dahingehend ausüben könnten, sie Richtung links zu verschieben. Es kam dann allerdings ein Punkt, an dem ich erkannte, dass ich sehr wenig bewirken konnte. Das stellte sich beinahe als eine »Mission impossible!« heraus.

Was waren eure Schlussfolgerungen daraus? Werdet ihr am Aufbau der Organisation von DEMOS weiterarbeiten?

JOLANTA BIELSKIENE: Seit ich alle meine Positionen in der SP aufgegeben und mich von der aktiven SP-Parteilpolitik zurückgezogen habe, bin ich sehr kritisch geworden. Politik bedeutet Macht, und Macht hängt letzten Endes vom Geld ab und Geld korrumpiert die Menschen. Ich erkannte, dass ich andere Werte im Leben habe. Und ich glaube, dass DEMOS wieder lauter werden muss!

ANDRIUS BIELSKIS: In den letzten 15 bis 20 Jahren haben Aktivist*innen von DEMOS ihre Jobs verloren, viele haben ihre Karrieren eingebüßt. Momentan erleben wir eine große Fluktuation. Unter unserem Einfluss sind einige Mitglieder der SP nach Mitte-links gerückt, einige aus der jungen Führungsriege der SP kommen direkt aus der Linken. Wieder andere, die mit DEMOS weitermachen wollen, rufen jetzt nach einer neuen Linkspartei.

JOLANTA BIELSKIENE: Ich würde behaupten, dass etwas wie eine neue Kraft noch immer fehlt. Viele verlassen jetzt die Sozialdemokratische Partei, weil sie nicht links genug ist. Sie fühlen sich politisch im Stich gelassen und wissen nicht, wohin sie sich wenden sollen.

ANDRIUS BIELSKIS: Es braucht DEMOS und die Neue Linke dringend, vielleicht sogar mehr als je zuvor. Dabei ist die wichtige Frage, wie wir unsere Bewegung neu beleben können. Ich habe den Eindruck, dass gerade in der jüngeren Generation etwas Neues im Entstehen ist, in der Generation also, die in ihrer überwiegenden Mehrheit für eine neue Linkspartei ist. Sie sind es, die die notwendigen nächsten Schritte machen werden. Und ja, wir werden unsere Arbeit fortsetzen! |

ISRAEL

Solidarität im Raum der Differenz

HEIDE HAMMER im Gespräch mit SHERI AVRAHAM über das israelische politische System und »Mizrachi-Futurismus«, eine antirassistische und Trans-ethnizitäts-Position aus dem akademisch-künstlerischen Diskurs, die aber politisch wirksam werden will.

Am 9. April sind Parlamentswahlen in Israel. Worin liegen für Dich die deutlichsten Unterschiede in den politischen Auseinandersetzungen zwischen Israel und Österreich?

SHERI AVRAHAM: Wenn ich in Österreich über die politische Situation in Israel spreche, muss ich immer weiter ausholen. Viele wähnen sich informiert, aber meist speist sich dieses Wissen aus kleinen Versatzstücken über die Shoah und der hiesigen Presseberichterstattung, das wird der Situation nicht gerecht. Die historische Linke – Havoda – war die dominante Partei von der Staatsgründung 1948 bis 1977. Ich möchte erwähnen, dass in diesen Jahren bestimmte Gemeinschaften systematisch diskriminiert und ausgebeutet wurden. Der erste, der viel über die Gleichberechtigung aller Staatsangehörigen gesprochen hat, war Menachem Begin. Er gründete 1977 eine neue Partei – den Likud. Diese Partei veränderte die gesellschaftspolitische Karte in Israel. Eine der wichtigsten Änderungen war eine neue sozialstaatliche Verteilungspolitik. Ich denke, dass das neue Format der neoliberalen populistischen Partei von Benjamin Netanyahu immer noch die Ressentiments der verschiedenen Minderheiten sammelt und dem Programm des Likud folgt, obwohl die derzeitige Partei weiterhin die weißen Privilegien für sich behält. Das historische Versprechen, Diskriminierungen entlang von Herkunftsregion und Hautfarbe zu beenden, wurde von der Koalition des Likud mit anderen – im israelischen Spektrum – rechtsgerichteten Parteien nicht eingelöst.